

Liebe Leserinnen und Leser,

im Januar haben die Autoren und Verleger in der VG WORT den seit Jahren schwelenden Konflikt um §63a UrhG endlich beendet. Die Kompromisslösung sieht vor, dass die Verlegeranteile an der Vergütung für Zeitschriften und Bücher im Bereich Wissenschaft sowie für Belletristik stufenweise wieder auf das ursprüngliche Niveau von 50 bzw. 30 Prozent angehoben werden. Diese Einigung kommt nicht nur den Autoren zugute, die bereits im Rahmen der nächsten Hauptausschüttung im Mai das Verhandlungsergebnis in barer Münze ausgezahlt bekommen. Sie stärkt auch in hohem Maße die VG WORT als Institution. Nun ist es endlich wieder möglich, mit gemeinsamer Kraft an die bevorstehenden Herausforderungen zu gehen – und die sind durchaus gewaltig.

So zeigen die im neuen Urheberrecht vorgesehenen Verhandlungen zwischen den Verwertungsgesellschaften und den Industrievertretern bisher keine auch nur im Ansatz akzeptablen Ergebnisse. Die vorliegenden Angebote der Industrie würden das Aufkommen der VG WORT auf einen Bruchteil der bisherigen Vergütungen beschneiden. Im Reprographiebereich ist jetzt sogar ein großer Importeur aus dem bestehenden Rahmenvertrag ausgestiegen, wodurch die VG WORT gezwungen ist, als erste Verwertungsgesellschaft nach neuem Recht den direkten Weg zur Schiedsstelle beim Deutschen Patent- und Markenamt zu gehen.

Schließlich liegt der VG WORT ein Auskunftersuchen vor, in dem die Steuerfahndung detaillierte Daten über Honorarempfänger und deren Ausschüttungen anfragt. Dieses Ersuchen erscheint angesichts der ohnehin stattfindenden Kontrollmitteilungs-Praxis bei Betriebsprüfungen fragwürdig, und ist darüber hinaus mit den bestehenden EDV-Systemen der VG WORT auch gar nicht umsetzbar. Die VG WORT hat aus diesem Grund bereits Klage gegen das Ersuchen der Steuerfahndung eingereicht.

Details zu allen hier angesprochenen Themen sowie eine kurze Personalie zu Dr. Robert Staats, der im Juli 2008 in die VG WORT eintreten und Anfang 2009 das Amt des geschäftsführenden Vorstands übernehmen wird, lesen Sie in dieser Ausgabe von VG WORT AKTUELL.

Mit freundlichen Grüßen

Ferdinand Melichar
Rainer Just

Geschäftsführende Vorstände

§ 63a: Autoren und Verleger beenden jahrelangen Konflikt gemeinsam

Ausgleich: Nach jahrelangem Streit über die Konsequenzen des im September 2002 in Kraft getretenen und inzwischen überholten § 63a UrhG einigten sich Autoren und Verleger auf einer außerordentlichen Mitgliederversammlung am 19. Januar 2008 im gemeinsamen Interesse auf eine von Vorstand und Verwaltungsrat vorgeschlagene Kompromisslösung. Danach werden die Verlegeranteile an der Vergütung für Zeitschriften und Bücher im Bereich Wissenschaft sowie für Belletristik stufenweise wieder auf das ursprüngliche Niveau von 50 bzw. 30 Prozent angehoben. Rechtlicher Hintergrund für die gütliche Einigung ist die seit 1. Januar 2008 geltende Neufassung des UrhG. Damit konnte ein jahrelang schwelender, interner Konflikt endlich beigelegt werden; dies stärkt die VG WORT für die anstehenden Herausforderungen, wie beispielsweise die Verhandlungen mit den Geräteherstellern und Importeuren zur Realisierung der Vergütungsansprüche nach den Vorgaben des 2. Korbes.

Rückblick: Auslöser der langwierigen Kontroverse war der 2002 im Rahmen des Urhebervertragsrechts verabschiedete § 63a. Dieser schrieb vor, dass gesetzliche Vergütungsansprüche, insbesondere die Reprographieansprüche (Geräte- und Betreibervergütung gemäß § 54a UrhG), im Voraus nur noch an Verwertungsgesellschaften abgetreten werden könnten. Die Abtretung dieser Ansprüche an Verlage per Verlagsvertrag war damit nicht mehr möglich. Für die Autoren war klar, dass die bis dato geltende Vergütungspraxis, wonach der Verlagsanteil für Nonfiction bei 50 Prozent und für Belletristik bei 30 Prozent gelegen hatte, zu ihren Gunsten geändert werden musste. Ähnlich sah es angesichts der neuen Gesetzeslage auch das Deutsche Patent- und Markenamt (DPMA) als Aufsichtsbehörde der VG WORT und drängte auf eine Angleichung der Verteilungspläne.

Um die drohenden Differenzen zwischen Autoren und Verlegern frühzeitig zu beheben und eine ein-

vernehmliche Lösung zu finden, installierte der Verwaltungsrat eine aus Vertretern beider Seiten bestehende Arbeitsgruppe, die sich der Problematik annehmen sollte. Allerdings kam bis 2003 weder in dieser, noch in einer zweiten Arbeitsgruppe ein tragfähiger Kompromiss zustande. Doch die Zeit drängte, denn in einigen Bereichen sollte sich § 63a bereits im Jahr 2003 auswirken, insbesondere auf die Zeitschriftenausschüttung im Bereich Wissenschaft. So stimmte eine außerordentliche Mitgliederversammlung 2004 für einen befristeten Vergleichsvorschlag des Präsidenten des DPMA, der vorsah, den Verlegeranteil aus der Zeitschriftenausschüttung Wissenschaft von 50 Prozent in den Jahren 2003 bis 2005 stufenweise auf 47 Prozent, 43 Prozent und schließlich 38 Prozent zu senken. Eine entsprechende, vom DPMA angewiesene Verminderung für die Verlagsanteile in den Bereichen wissenschaftliche und Fachbücher (47 Prozent, 43 Prozent und 38 Prozent) sowie Belletristik (28,2 Prozent, 25,8 Prozent und 22,8 Prozent), wurde auf der Mitgliederversammlung 2005 jedoch abgelehnt.

Damit hatte die VG WORT nur noch die Wahl, den geltenden Verteilungsplänen zu folgen und die Weisungen ihrer Aufsichtsbehörde zu missachten, oder die unveränderten Verteilungspläne zu brechen. Tatsächlich folgte der Vorstand für die Ausschüttung des Aufkommens 2005 den Auflagen des DPMA, verteilte aber die Differenzbeträge – 3 Prozent bei wissenschaftlichen Verlagen und 1,8 Prozent bei belletristischen Verlagen – nicht an die Autoren, sondern stellte sie zurück. So war der Weg frei für eine Musterklage zweier Verlage gegen die VG WORT, die 2006 vor dem LG München auch angestrebt wurde. Das Urteil vom Juli 2007 war eindeutig: Die VG WORT muss die zurückgestellten Beträge an die Verleger ausschütten, da keine formelle Anweisung des DPMA vorgelegen habe.

Zu diesem Zeitpunkt schwelte der interne Streit bereits seit fünf Jahren, und nicht nur die Gerichtsentscheidung verlangte eine schnellstmögliche Lösung. Inzwischen hatte der Gesetzgeber eine Neufassung des 2. Korbes des UrhG verabschiedet, die zu Jahresbeginn 2008 in Kraft trat. Darin wird

die Gesetzesänderung des Jahres 2002 rückgängig gemacht und in § 63a UrhG ausdrücklich wieder zugelassen, dass gesetzliche Vergütungsansprüche auch an Verleger abgetreten werden können. So stellt der 2. Korb die Situation wie vor 2002 wieder her.

Vor diesem Hintergrund beschloss der Vorstand Mitte des vergangenen Jahres, einen Einigungsversuch zu initiieren. Ziel war es, möglichst bald eine dauerhafte und für beide Parteien annehmbare Lösung zu finden. Vorstand, Verwaltungsrat sowie die reaktivierte Arbeitsgruppe „Verteilungspläne“ aus Autoren- und Verlegervertretern arbeiteten Hand in Hand und entwickelten einen gemeinsamen Vorschlag, das so genannte „Treppenmodell“. Danach sollen die Verlegeranteile, wie sie vorher stufenweise abgesenkt worden waren, jetzt stufenweise wieder auf das ursprüngliche Niveau von 50 bzw. 30 Prozent angehoben werden. Im Detail sieht der Vorschlag vor, den Verlagsanteil an der Verteilungssumme für wissenschaftliche und Fachzeitschriften, der bereits 2003 gesenkt wurde, für die Ausschüttung 2007 bei 38 Prozent zu halten, für 2008 auf 47,7 Prozent und ab 2009 auf 50 Prozent zu erhöhen. Der Anteil für die Ausschüttungen im Bereich wissenschaftliche Bücher wird stufenweise von 38 Prozent (2007) auf 41,12 Prozent (2008), 44,82 Prozent (2009), 47,78 Prozent (2010) und schließlich auf 50 Prozent (ab 2011) angehoben. Für die Ausschüttungen an Verlage im Bereich Belletristik ist folgende Stufenfolge vorgesehen: für 2007 22,8 Prozent, für 2008 24,67 Prozent, für 2009 26,89 Prozent, für 2010 28,67 Prozent und ab 2011 dann 30 Prozent.

Nachdem der Verwaltungsrat diesen Vorschlag einstimmig akzeptiert hatte, wurde die Stufenlösung schon am 19. Januar 2008 in einer außerordentlichen Mitgliederversammlung zur Abstimmung vorgelegt. Mit nur einer Gegenstimme haben die anwesenden Mitglieder – also Autoren und Verleger gleichermaßen – für den eingebrachten Kompromissvorschlag gestimmt. Damit haben beide Konfliktparteien trotz jeweiliger Einbußen im gemeinsamen Interesse nachgegeben und den jahrelang schwelenden Streit gütlich beendet. Mit

dieser Entscheidung zum jetzigen Zeitpunkt – die ordentliche Mitgliederversammlung im Mai 2008 wäre dafür zu spät gewesen – können nun bereits in der Hauptausschüttung im Juni diesen Jahres die über die Jahre angefallenen Rückstellungen aus den Verlagsanteilen an die Autoren verteilt werden.

Gerichtsentscheide: BGH urteilt über Vergütung für Drucker und Multifunktionsgeräte

Im Verfahren des Druckerherstellers Hewlett-Packard gegen die VG WORT um eine Vergütungspflicht für Drucker hat der 1. Senat des Bundesgerichtshofs gegen alle Vorinstanzen im Dezember vergangenen Jahres zugunsten der Industrievertreter entschieden. Damit müssen die Importeure gemäß der bis Ende 2007 geltenden Fassung des Urheberrechts keine Vergütungen für die Vergangenheit an die VG WORT entrichten. Die VG WORT hat dagegen Verfassungsbeschwerde eingelegt.

Im Prozess über die Vergütungshöhe für Multifunktionsgeräte Ende Januar dieses Jahres hat der Bundesgerichtshof der Position der VG WORT Recht gegeben und damit einen entsprechenden Revisionsantrag von Hewlett-Packard zurückgewiesen. Nach diesem Urteil müssen die Importeure die für Kopiergeräte geltenden, vollen gesetzlichen Vergütungstarife rückwirkend von 1996 bis 2001 an die VG WORT zahlen. Hewlett-Packard hatte auf niedrigere Abgaben plädiert.

Einzelheiten sind in den jeweiligen Pressemitteilungen der VG WORT nachzulesen.

Verhandlungen um zukünftige Gerätetarife: Keine Einigung in Sicht

Auch nach der dritten Verhandlungsrunde zwischen der VG WORT sowie den Interessensvertretern der Industrie BITKOM, ZVEI und IM ist keine Einigung über die zukünftige Höhe von Pauschalvergütungen im Bereich der audio- und audiovisu-

ellen Geräte in Sicht. Das vorliegende Angebot der Industrievertreter würde zur Folge haben, dass die VG WORT in Zukunft nur noch einen Bruchteil der bisherigen Vergütungen zu erwarten hätte.

Zudem wird, wie bereits im Newsletter VG WORT AKTUELL vom November 2007 berichtet, die im Gesetz vorgesehene Übergangsregelung von der Industrie weiterhin in Frage gestellt. Danach sollen die bestehenden Vergütungssätze längstens zwei Jahre weiter gelten, bis sie durch neue Tarife ersetzt worden sind.

Im bisher unangetasteten Reprographiebereich ist jetzt ein großer Importeur aus dem „Gesamtvertrag Telefaxgeräte“ ausgestiegen. VG WORT und VG Bild/Kunst werden in diesem Fall gemeinsam und sehr zeitnah das erste Verfahren zur Klärung der genannten Übergangsfrist vor der Schiedsstelle führen.

Auskunftersuchen: Steuerfahndung bittet VG WORT um Ausschüttungsdaten

Ein außergewöhnliches Schreiben hat die VG WORT erreicht. Die Steuerfahndung ersucht die VG WORT offiziell um Auskunft über Ausschüttungsempfänger, die zwischen 2003 und 2006 insgesamt mindestens 2.500 Euro an Ausschüttungen von der VG WORT erhalten haben. Im Hinblick auf Datenschutzvorschriften stützt sich die Finanzbehörde bei ihrem Sammelauskunftersuchen auf § 208 Abs. 1 Nr. 3 Abgabenordnung (AO) und die ständige Rechtsprechung des Bundesfinanzhofes.

Die VG WORT sieht dieses Auskunftersuchen als rechtswidrig an. Zum einen wäre für die erbetene Datenübermittlung ein neues EDV-Programm nötig, das die VG WORT auf eigene Kosten entwickeln müsste. Zum anderen gibt es bereits eine routinemäßige, wenn auch stichprobenartige Überprüfung steuerlicher Abrechnungen – in Form von Kontrollmitteilungen bei den Betriebsprüfungen in der VG WORT. Die VG WORT hat daher gegen das Auskunftersuchen Klage zum Finanzgericht erhoben.

Personalie: Dr. Robert Staats wird neuer geschäftsführender Vorstand

Am 1. Juli diesen Jahres erhält der Vorstand der VG WORT ein neues Mitglied: Dr. Robert Staats. Der in Freiburg promovierte Jurist wird Prof. Dr. Ferdinand Melichar, der Ende 2008 in den Ruhestand gehen wird, ab 2009 als geschäftsführendes Vorstandsmitglied ablösen. Staats wechselt vom brandenburgischen Justizministerium zur VG WORT und ist ein ausgewiesener Experte für Urheberrecht.

IMPRESSUM

Verantwortlich:

Der geschäftsführende Vorstand
Prof. Dr. Ferdinand Melichar
Verwertungsgesellschaft WORT
(VG WORT)
Rechtsfähiger Verein Kraft Verleihung
Goethestraße 49
80336 München
Telefon: (089) 51412-0
Fax: (089) 51412-58
E-Mail: vgw@vgwort.de

Büro Berlin
Köthener Str. 44
10963 Berlin
Telefon: (030) 261 38 45
Fax: (030) 23 00 36 29
E-Mail: info@vgbuero.de

Redaktion:

WORDUP Public Relations, München
www.wordup.de

Layout:

form & netz, München

Erscheinungsweise:

Dieser Newsletter erscheint in vier Ausgaben jährlich und wird registrierten Kunden automatisch per E-Mail zugestellt. Zum Bestellen und Abbestellen des Newsletters besuchen Sie bitte die Website der VG WORT: www.vgwort.de/newsletter.php

Nachdruck frei, Belegexemplar erbeten